

BEGEGNUNG UND GESPRÄCH

ÖKUMENISCHE
BEITRÄGE
ZU ERZIEHUNG
UND
UNTERRICHT

Nr. 99

Januar 1994

„Die Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen“

Ein Gespräch über Umweltpolitik mit Ernst Ulrich von Weizsäcker

Alle reden von der Umwelt. Aber das bedeutet nicht, daß über die weitere politische und technologische Entwicklung auf diesem Gebiet bereits weithin Konsens herrschen würde. Im Gegenteil. Manchmal kann man den Eindruck haben, daß manches, was sich auf den ersten Blick umweltfreundlich gibt bzw. im Namen der Umwelt unternommen wird, die das persönliche und wirtschaftliche Leben notwendigerweise verändernde Entscheidungen der Zu-

kunft eher verschleiert denn vorbereiten hilft. Zu diesem Zweck wurde der Biologe Professor Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker befragt, Präsident des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt, Energie, einer Einrichtung im Rahmen des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen. Von Weizsäcker gehört zu jenen Wissenschaftlern, die über Ansätze einer bisherigen klassischen Umweltpolitik hinauskommen wollen und Perspektiven für eine „öko-

logische Realpolitik“ der Zukunft entwickeln. Sein Buch „Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt“ (Darmstadt, 3. überarb. Aufl. 1992) gilt als Standardwerk.

Für „Begegnung und Gespräch“ hat Prof. E. U. von Weizsäcker eigens die Fassung eines Interviews überarbeitet und aktualisiert, zu dem Klaus Nientied die Fragen stellte (vgl. Herder Korrespondenz 12/1991).

Herr Professor von Weizsäcker, in der umweltpolitischen Literatur hat man die Auswahl: bei den einen Autoren ist es zehn vor bzw. fünf vor zwölf, bei anderen ist es bereits zehn nach zwölf. Wenn diese allgemeine Charakterisierung überhaupt Sinn macht – wieviel Uhr ist es denn in umweltpolitischer Hinsicht?

von Weizsäcker: Wenn sich die gegenwärtigen Zerstörungstrends fortsetzen und mit der Zunahme der Bevölkerung auch noch verstärken, ist das Raumschiff Erde – wie es manchmal genannt wird – nicht mehr zu retten. Aber es gibt Anzeichen dafür, daß es der Menschheit und den Milliarden Einzelmenschen gelingt, eine Trendumkehr zu erreichen, wobei der Hauptakteur dieser Trendumkehr der Norden sein müßte und nicht – wie wir bequemerweise gerne glauben – der Süden.

Was lange Zeit auf dem Gebiet der Umweltpolitik unerreichbar zu sein schien, ist seit einiger Zeit möglich: Ein Bundesminister für Umwelt ist selbstverständlich. Daß die Marktwirtschaft hierzulande nicht nur sozial, sondern obendrein auch ökologisch verpflichtet sein soll, darüber besteht im Kern Einigkeit – wenn auch nicht darüber, ob diese Bestimmung ins Grundgesetz gehört. Wirtschaftsführer verkünden, daß Ökologie und Ökonomie keineswegs Gegensätze sein müssen. Ein Unternehmen, das sich in seinen Produkten und seinen Herstellungsverfahren als umweltbewußt erweist oder darstellt, kann darauf rechnen, daß ihm dies zum Vorteil gereicht. Reicht das?

von Weizsäcker: Es ist eine äußerst erfreuliche Entwicklung, wenn sich Wirtschaftsführer dazu bekennen, daß Umweltschutz ganz hohe Priorität hat, daß

er zur Chefsache geworden ist. Dieser Erkenntnisumschwung hat unter anderem den Grund, daß unsere Volkswirtschaft durch den vermehrten Umweltschutz tatsächlich leistungsfähiger, intelligenter, moderner geworden ist, daß ein Unternehmen, welches sich nicht dem Schutz der Umwelt verschreibt, bei den Endverbrauchern wie Geschäftspartnern und auch bei den umworbenen Facharbeitern und Führungskräften an Kredit verliert und damit geschäftlich bestraft wird. Aber dieser jetzige Konsens trägt nicht weit genug, er erweist sich als labil gegenüber den jetzigen Rezessionserscheinungen. Außerdem basiert er auf unserem in den Industrieländern erreichten Wohlstandsmodell, welches dadurch charakterisiert ist, daß wir pro Kopf ungefähr zehnmal so viel Natur verbrauchen wie die Menschen in den Ent-

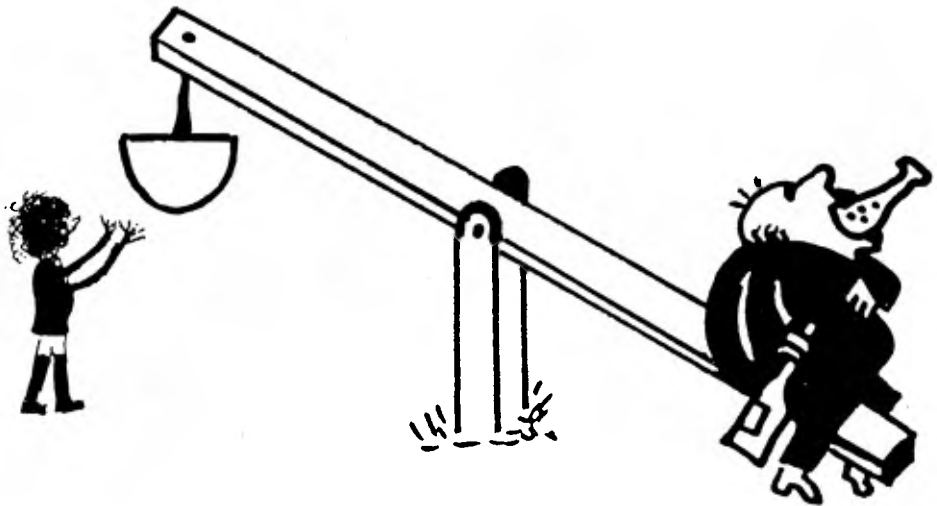
wicklungsländern. Diese Pro-Kopf-Verbräuche des Nordens lassen sich unter keinen Umständen auf fünf oder sechs Millionen Menschen ausdehnen. Deswegen ist auch die Sorte von Sauberkeit, die wir im Norden erreicht haben, für fünf oder acht Milliarden Menschen gar nicht finanzierbar. Weltweiter Umweltschutz ist aus ökologischen Gründen gar nicht möglich, solange es sich um die Art von sauberkeitsbezogenem Umweltschutz handelt, der heute allein bestimmend ist.

„Umwelt und Weltgerechtigkeit sind unauflösbar miteinander verbunden“

Ist es Zufall, daß Sie so deutlich auf den Nord-Süd-Gegensatz eingehen? Eine Zeitlang sah es doch so aus, als lägen Umwelt- und Dritte-Welt-Bewußtsein weit auseinander. Umwelt- und Dritte-Welt-Bewegung ziehen sich gegenseitig, für die Fragen der jeweils anderen Seite nicht sonderlich sensibel zu sein.

von Weizsäcker: Da hat sich in der Tat ein erheblicher Bewußtseinswandel ergeben. Vor zehn Jahren kümmerten sich die Umweltschützer im wesentlichen um ihre nächstgelegenen Allee-bäume, die gute Luft in ihrem Stadtviertel, den Müllberg vor der Haustür oder das Wasser im nahegelegenen Fließchen. Sie kümmerten sich nicht um die Regenwälder, das Ozonloch, den Treibhauseffekt oder die globalen Umweltzerstörungen insgesamt. Indem man realisiert, daß wir im Norden entscheidend Mitverursacher, wenn nicht gar Hauptverursacher der globalen Umweltzerstörungen sind, fängt es an, ein bißchen lächerlich und bigott zu werden, wenn wir nur an die lokale Umwelt denken. Der Brundtland-Bericht – die von den Vereinten Nationen beauftragte Kommission, die ihn erarbeitete, wurde von der norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland geleitet –, erschien 1987, war vielleicht das bedeutendste politische Dokument der 80er Jahre und hat unter dem Titel „Unsere gemeinsame Zukunft“ klargemacht, daß Umwelt und Weltgerechtigkeit unauflösbar miteinander verflochten sind.

Einer der klassischen Einwände gegen manche Züge von Umweltengagement und -politik ist der Vorwurf, dabei möge man sich um die Kontingenz des Lebens und der Welt herum. Man wolle eine von Verunreinigung und zivilisatorischen Nachteilen jedweder Art freie schöne Welt und übersehe dabei, daß es so etwas nie geben werde. Trifft diese Kritik angesichts der gigantischen



Herausforderung, denen sich die Umweltpolitik gegenübersteht, noch zu?

von Weizsäcker: Ich finde dies einen ungeheuer wichtigen Einwand. Es gibt selbstverständlich die Kontingenz des Lebens, wie Sie es nennen: Ungerechtigkeiten, momentane Vergiftungen, bei denen eigentlich nachher keine Schuld nachzuweisen ist. Eine völlig leidfreie Welt, eine sogenannte schöne neue Welt im Sinne von Aldous Huxley gehört mit zu den schrecklichsten Visionen und liegt ganz in der Nachbarschaft der Ökodiktatur. Hingegen: Daß man die Randbedingungen so verändert, daß diese fluktuierende Ungleichheit, der wir ständig ausgesetzt sind und die wir nicht abschaffen dürfen und wollen, nicht gleichzeitig einen massiven und systematischen, eben nicht mehr kontingenten Zerstörungstrend beinhaltet, das ist eine völlig legitime Aufgabe der Umweltpolitik.

Einerseits besteht heute ein geschärftes Umweltbewußtsein, andererseits soll dies aber langfristig nicht ausreichen. Worin unterscheidet sich die eigentlich notwendige Umweltpolitik von dem, was gegenwärtig bereits auf diesem Feld betrieben wird?

von Weizsäcker: Die „klassische“ Umweltpolitik kümmerte sich zunächst um die lokalen Verschmutzungen, den sogenannten Immissionsschutz oder um Qualitätszielsetzungen. Das führte häufig nur zu höheren Schornsteinen. Dann merkte man: Das ist nicht sehr vernünftig, also fing man die Emissionskontrolle gleich vor dem oder am Schornstein an, so daß gar nicht soviel Schmutz in die Atmosphäre oder die Flüsse gelangt. Aber das ist immer noch ein Umweltschutz „at the end of the pipe“ – am Ende der Röhre – und bedeutet, daß man zu einer existierenden Fabrik noch eine unproduktive „Reinigungs-fabrik“ dazubaut. Unbefriedigend bleiben auch Umweltverträglichkeitsprüfungen,

die im wesentlichen eine Art Verlangsamungs- und Verhinderungspolitik sind, aber nicht eine Politik, welche die ökologisch-technologische Erneuerung besonders stimuliert.

Hat die verpflichtende Einführung des Katalysators z. B. nicht mit dazu beigetragen, daß wir inzwischen bereits wieder mit einem erschreckend guten Gewissen viel und schnell Auto fahren?

von Weizsäcker: Das Falsche am Katalysator ist in der Tat das gute Gewissen. Denn weiterhin produzieren die Autos Kohlendioxid, was den Treibhauseffekt verstärkt. Sie produzieren Reifenabrieb und verbrauchen bei ihrer Herstellung ungeheure Energiemengen sowie eine Menge Material. Der Katalysator löst nur ein ganz bestimmtes chemisches Schadstoffproblem. Die Fixierung der deutschen Umweltpolitik auf Schadstoffbegrenzung ist generell eine Fehlentwicklung, die zugunsten eines weltweiten Umweltschutzes überwunden werden muß. Es müssen insgesamt der Energie- und Ressourcenverbrauch, der Beitrag zum Treibhauseffekt, der Wasser- und Landverbrauch pro Kopf sehr stark vermindert werden.

Gegen solche Forderungen wird gerne eingewandt, Radikalkuren jedweder Art zu mehr Askese und Verzicht seien nicht durchsetzbar. Müssen wir uns in Zukunft mit etwas mehr Armut abfinden?

von Weizsäcker: Dieser Einwand ist zwar sehr verbreitet – aber von Armut kann gar keine Rede sein. Ich schlage lediglich vor, daß man Energie, Rohstoffe, Wasser, Landversiegelung Jahr für Jahr ein bißchen teurer macht, meinetwegen fünf Prozent pro Jahr, so daß die Technologieentwicklung in den nächsten fünfzig Jahren sich nicht mehr nur auf die Erhöhung der Arbeitsproduktivität konzentriert, sondern auch endlich auf die Erhöhung der En-

ergieproduktivität, die über anderthalb Jahrhunderte praktisch überhaupt nicht zugenommen hat – mit der kleinen Ausnahme der Jahre 1974 bis 1982. Damals hat die Energieproduktivität zugenommen, weil die Preise für die Energie rapide anstiegen.

Aber jede Verteuerung von zentralen Grundlagen der Industrieproduktion führt zunächst einmal zu einer Verteuerung der Produktionsprozesse und damit zu Nachteilen für Produktion und Handel. Sind diese Nachteile einfach zu vernachlässigen?

von Weizsäcker: Bleiben wir im Energiesektor. Der Einwand, höhere Energiepreise – das hatten wir doch in den siebziger Jahren gesehen – seien ein Nachteil für die Wirtschaft, stimmt so allgemein nicht. In den siebziger oder achtziger Jahren haben diejenigen Länder, die bei sich zu Hause ein hohes Energiepreisniveau gegen den Weltmarkt durchgesetzt haben, insbesondere die Japaner, aber auch die Italiener und einige andere, in gewissem, eingeschränktem Umfang auch wir Deutschen, einen besonders deutlichen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt. Die USA, die die Energiepreise nicht beeinflusst haben, so daß diese weitgehend niedrig blieben, sind dagegen wirtschaftlich zurückgefallen. In der Sowjetunion und in Osteuropa wurden die Preise sogar noch hinuntersubventioniert, und gleichzeitig ist die Wirtschaft völlig in die Brüche gegangen. Es gibt also keinen vernünftigen empirischen Hinweis darauf, daß hohe Energiepreise der Wirtschaft schaden. Das ist auch nicht weiter verwunderlich. Wenn man ein Signal setzt, welches eine Erhöhung der Energie- oder der allgemeinen Ressourcenproduktivität bewirkt, dann sollte man annehmen, daß die Volkswirtschaft dadurch reicher wird und nicht ärmer.

Kommt angesichts der ungeheuren Herausforderung, der man sich umweltpolitisch gegenüber sieht, bei Umstrukturierungen dieser Größenordnung die Marktwirtschaft nicht doch an die Grenzen ihrer Möglichkeiten? Immerhin verfügt man ja nicht über gesamtplanerische Institutionen, die hier die Richtung vorgeben könnten ...

von Weizsäcker: Natürlich nicht. Es ist auch ein großes Mißverständnis zu glauben, daß der Staat alles im Detail planen müsse. Die eigentliche Kraft der Marktwirtschaft liegt darin, daß die Marktentwicklung die Details bestimmt und nicht der Staat. Nur: damit dieses nicht zur Umweltzerstörung führt, muß dafür gesorgt werden, daß die auf dem

Markt wirksamen Preise auch die ökologische Wahrheit sagen. Das ist heute nicht der Fall. Deswegen beobachten wir (und denken folglich), daß der Markt die Umwelt zerstört. Das ist gar nicht naturgesetzlich, sondern gilt nur solange, wie die Preise nicht die ökologische Wahrheit sagen. In dem Moment, in dem sie es tun, verdient derjenige Unternehmer besser, der die Umwelt schont, als derjenige, der sie zerstört. Auch die entsprechende Technologieentwicklung geht dann in Richtung Natur- und Ressourcenschonung und wird auf einmal zum Gewinngeschäft für die Natur.

Das zentrale politische Instrument, mit dem Sie diese wirtschaftliche Umstrukturierung bewerkstelligen wollen, ist eine sogenannte ökologische Steuerreform. Setzen Sie damit nicht doch mehr auf den Staat als auf den Markt?

von Weizsäcker: „Mehr“ ist das falsche Wort. Der Staat setzt den Rahmen. Der Markt optimiert die Ergebnisse in diesem Rahmen. Die ökologische Steuerreform, wie ich sie mir vorstelle, geht vom Grundansatz aus, daß man den Verbrauch von Natur besteuert und dafür unbedenkliche Dinge, wie menschliche Arbeit, Mehrwerterzeugung und allgemeine Gewerbeaktivität, steuerlich entlastet, so daß die steuerliche Gesamtbelastung überhaupt nicht zunimmt. Wenn dann der Markt die Verschmutzer und Energieverschwender bestraft, kann sich der Staat sogar aus mancher heutigen Regulierung gestrost zurückziehen.

„Die ökologische Steuerreform ist der freiheitsförmigste Weg, mit dem ökologischen Imperativ fertig zu werden“

Eine ökologische Steuerreform brächte somit eigentlich eher weniger Staat als mehr ...

von Weizsäcker: Unbedingt. Der große Unterschied zwischen einer ökologischen Steuerreform und Sonderabgaben besteht genau darin, daß die Sonderabgaben, die sich die Umweltminister gerne ausdenken, wie z. B. die Abfallabgabe, die Abwasserabgabe, die CO₂-Abgabe, allesamt Mechanismen zur Erhöhung der Staatsquote sind. Ich bin trotzdem im großen und ganzen dafür. Nur müßten diejenigen Wirtschaftstheoretiker, die wie die Löwen gegen eine Erhöhung der Staatsquote kämpfen, eigentlich konsequenterweise gegen Sonderabgaben kämpfen, nicht aber gegen die ökologische Steuerreform.

Der große Unterschied zu herkömmlichen Steuern bestünde darin, daß der Ertrag aus ökologischen Steuern – sollten sie denn die erhoffte Wirkung tatsächlich zeigen – auf mittlere und langfristige Sicht abnehmen würde. Für einen Finanzminister wären das keine rosigen Aussichten. Wie wollen Sie ihn dann dennoch für ein solches Konzept gewinnen?

von Weizsäcker: Der Finanzminister, das ist verständlich, hat lieber Steuern, die automatisch steigen, so daß er alle zehn Jahre verkünden kann, wir machen jetzt eine Steuerentlastung. Das geht bei Umweltsteuern nicht. Wenn uns aber der ökologische Imperativ zu einem ökologischen Steuersystem zwingt, wird auch der Finanzminister dabei ganz gut leben; ich schlage ja eine laufende Erhöhung für wenigstens 20, lieber 30 – 40 Jahre vor, während derer das Aufkommen zunimmt, so daß Spielraum für die Senkung anderer Steuern bleibt.

Kann sich die Wirtschaft mit einer ökologischen Steuerreform anfreunden?

von Weizsäcker: Diejenigen Branchen, die überdurchschnittlich verlieren, also die schmutzintensiven, die energie- und rohstoffintensiven Branchen, haben ein natürliches Interesse an der Verhinderung einer ökologischen Steuerreform. Es gibt aber auch die intelligenzintensiven Branchen, für die immerhin wirtschaftliche Profite winken. Im übrigen schlage ich einen so langsamen Anstieg vor, fünf Prozent pro Jahr, daß man praktisch alle heute getätigten Investitionen noch regelrecht buchhalterisch abschreiben kann, so daß es keine Investitionsruinen gibt.

Haben Sie angesichts der drängenden Probleme auf dem Umweltsektor nicht sogar ziemlich viel Geduld?

von Weizsäcker: Wenn mir einer einen schnelleren Weg zeigt, bin ich sofort dabei. Aber ich halte die ökologische Steuerreform schon für einen ungeheuren Galoppweg. Wenn Sie sich vorstellen, daß Wirtschaft und Staat ein klares Signal bekommen, daß jede Mark in die existierende Dinosauriertechnologie eine Fehlinvestition ist, daß sich nur noch eine Mark rentieren wird, die in umweltverträgliche Technologie und Produktion investiert wird, dann werden Sie sehen, wie auf einmal die angesparten Millionen der Zahnärzte und anderer Investoren für die Umwelt eingesetzt werden statt in die Zerstörung der Umwelt. Das Investitionskapital hat eine ungeheure wirtschaftliche Wucht, die weit über das hinausgeht, was die heutige Umweltpolitik auslösen kann.

Finanzwissenschaftler wenden ein: Das gesamte Steuersystem auf ein solches Anliegen hin zu trimmen, wäre – was die Gesamtsystematik der Steuern angeht – ein präzedenzloser Vorgang. Es stünden Umverteilungen von gigantischem Ausmaß ins Haus ...

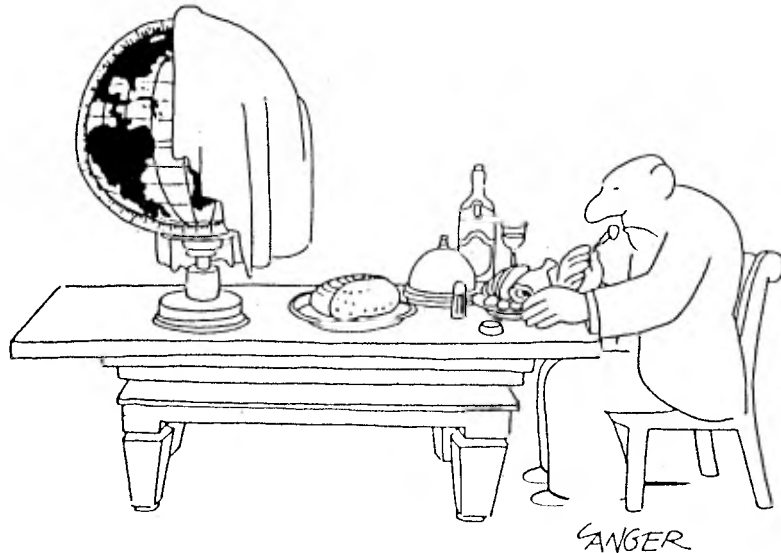
von Weizsäcker: Es handelt sich in der Tat um eine großflächige Veränderung, die man sich natürlich sehr gut überlegen muß. Aber die ökologische Steuerreform läßt sich weitgehend verteilungsneutral ausgestalten. Alle anderen Versuche, den Preisen die ökologische Wahrheit aufzuprägen, erfordern so viel mehr Staatseingriffe, daß man dabei ganz nahe an eine Ökodiktatur herankäme. Eine ökologische Steuerreform ist einfach der freiheitsförmigste Weg, um mit dem ökologischen Imperativ fertig zu werden.

Bei der Suche nach neuartigen Steuerungsinstrumenten in der Umweltpolitik wird immer wieder auch die Zertifikatslösung genannt. Auch sie animiert die Wirtschaftskräfte dazu, auf Schädigung der natürlichen Umwelt zu verzichten, anstatt unterhalb des gesetzlich festgelegten Grenzwertes munter weiter zu verschmutzen. Welche Rolle können Zertifikate spielen?

von Weizsäcker: Zunächst einmal haben Zertifikate – handelbare Verschmutzungserlaubnisse – den großen Vorteil gegenüber Grenzwerten, daß sie die Marktkräfte für die Verminderung der Verschmutzung viel stärker einsetzen, so daß alle Umweltökonom von den Zertifikaten begeistert sind. Das Problem ist nur die praktische Durchführung und Kontrolle. Bei einem Grenzwert haben wir bloß eine Ja-Nein-Entscheidung. Die Werte liegen drüber oder drunter. Bei Zertifikaten müßte man über die ganze Zeit hinweg, Tag für Tag, nicht nur die Ja-Nein-Entscheidung treffen, sondern auch noch sagen: 30 Prozent der Erlaubnis habe ich gerade verbraucht, am nächsten Tag 35 Prozent, dann 45 Prozent usw. Sie müssen unausgesetzt messen und kontrollieren. Der ganze ökonomietheoretische Vorteil löst sich in Luft auf, sobald man in die reale Meßproblematik einsteigt.

„Mit einem Verbotsschilderwald provoziert man naturgemäß die Gegenreaktion“

Ihnen ist nicht nur daran gelegen, ein möglichst freiheitsförmiges Modell zu finden, Sie sprechen in Ihren Veröffentlichungen auch ohne Umschweife von einem „Wohlstandsmodell“, so als



müsse man in den Industrieländern nicht Abschied von der Wohlstandsorientierung nehmen, sondern sich allenfalls umorientieren in dem, was als Wohlstand empfunden werde. Bestärken Sie damit nicht im Grunde die Menschen genau in dem, was uns in Sachen Umwelt die genannten Schwierigkeiten gebracht hat?

von Weizsäcker: In meinem Buch „Erdpolitik“ spreche ich sogar ungeniert von „Luxus“ im Jahrhundert der Umwelt, weil ich der Meinung bin, daß durch Predigten von Moralaposteln weder das Wohlstandsbestreben noch die gelegentliche Lust am Luxus ausgerottet werden kann. Das hat die chinesische Revolution ebensowenig geschafft wie die französische und die russische. Ich glaube im übrigen, daß man aus einem Faß Öl fünfmal so viel Wohlstand herausholen kann wie heute, daß man also die Produktivität von Rohöl um einen Faktor fünf vermehren kann. Dann bedeutet eine Fünftelung des Ölverbrauchs überhaupt keinen Verzicht mehr, sondern man hat dann ähnlich viel Lebensfreude und Energiedienstleistungen wie heute. Vermutlich – im Effekt – sogar mehr; Lebensfreude nicht zuletzt im kulturell-geistigen Bereich. Es wäre psychologisch-politisch, aber auch sachlich falsch, so zu tun, als gäbe es nur die Alternative, entweder im Wohlstand zu prassen und die Natur zu ruinieren oder in Sack und Asche zu gehen und die Natur zu schonen.

Wie steht es mit möglichen Abwehrreaktionen der Bevölkerung gegenüber solchen umweltpolitischen Vorgehensweisen und Denkmodellen? Die „Autopartei“ in der Schweiz, erst unlängst wieder mit erheblichen Zuwächsen an Abgeordneten in der ersten Kammer des Bundesparlaments bedacht, ist doch ein deutliches Symptom für massive Abwehrreaktionen ...

von Weizsäcker: Das ist eine gewisse Gefahr. Sie wird um so größer, je mehr man versucht, den ökologischen Imperativ mit autoritären, polizeistaatlichen, bürokratischen Mitteln zu erfüllen. Die Schweizer Umweltgesetzgebung – ähnlich wie die deutsche oder die holländische – ist ein einziger Verbotsschilderwald. Das war zwar in der Vergangenheit nicht unberechtigt. Es gab ja schließlich so viel Zerstörerisches, was noch nicht verboten war. Aber mit einem Verbotsschilderwald provoziert man naturgemäß die Gegenreaktion, die unter Umständen entweder politisch radikal oder gar terroristisch werden kann. Wenn man dagegen mit freiheitsförmigen Eingriffen operiert, die die Lebensqualität weitgehend erhalten, womöglich sogar noch vermehren, bin ich nicht besonders besorgt. Dies ist aber immer – wie überall in der Politik – ein recht schwieriger Optimierungsvorgang, eine Gratwanderung.

So freiheitsförmig sich Ihr Vorgehen zunächst auch ausnimmt, im Ergebnis bedeutet es aber eben doch einen radikalen Eingriff in bestehende Gewohnheiten und vertraute Gegebenheiten. Unterschätzen Sie da möglicherweise nicht doch manche Schwierigkeiten?

von Weizsäcker: Ich räume ein, daß Präsident Clinton seine Energiesteuer nicht hat durchsetzen können. Aber sie war ja auch eine haushaltspolitische, viel zu plötzliche und daher als unfair empfundene Maßnahme. Mein Vorschlag sollte besser ankommen. Fünf Prozent pro Jahr Preissteigerung für Energie bedeutet bei einem Energiekostenanteil der Privathaushalte von sechs Prozent – das ist hoch geschätzt – eine Verteuerung der Lebenshaltung um 0,3 Prozent pro Jahr. Das ist nicht viel. Außerdem wird sich gleichzeitig die Energieeffizienz des Heizens, Beleuchtens, Autofahrens usw. vermehren

ren, sagen wir um durchschnittlich 2,5 Prozent pro Jahr. Dann bleibt von der Verteuerung nur noch die Hälfte übrig, also 0,15 Prozent. Und dieses wird auch noch überkompensiert durch Verbilligungen an anderer Stelle, etwa durch Senkung der Mehrwertsteuer. Und so erreicht man ohne jeden Wohlstandseinbruch nach 14 Jahren eine Verdoppelung, nach 28 Jahren eine Vervierfachung, nach 42 Jahren eine Verachtfachung der Energiepreise. Es wird innerhalb von fünf, zehn, dreißig Jahren so viele Innovationen im Verkehr, in der Haustechnik, in der Industrie geben, daß in jedem Jahr Angebot und Preis in einer ganz vernünftigen Relation zueinander stehen.

Umweltpolitik ist in den letzten Jahren immer weniger ausschließlich ein Thema der Innenpolitik, sondern hat begonnen, ein bedeutsames Thema der Außenpolitik zu werden. Hat im vereinten Deutschland die außenpolitische Seite der Umweltpolitik eigentlich schon das Gewicht, das ihr von der Sache her zukommt?

von Weizsäcker: Sicher nicht ausreichend, aber immerhin hat Deutschland in einigen international wichtigen Fragen eine Führungsrolle übernommen, zunächst einmal vor allem in Europa. Da ging es um den Katalysator, die Nordseekonferenz, Alpenschutz und zuletzt die CO₂-Reduktion. Hier hat sich Deutschland mit der Fristsetzung für die CO₂-Verminderung große internationale Verdienste erworben. Bei der Nord-Süd-Auseinandersetzung kommen wir aber schnell an den Punkt, wo der Süden sagt: Euer Katalysator, eure Rauchgasentschwefelung, eure extremen Trinkwasserstandards interessieren uns nicht. Das hat überhaupt nichts mit dem Problem Umwelt und Entwicklung zu tun ...

„Der Norden und der Süden haben eine eingeschränkte Souveränität“

... wohl aber mit den völlig andersgearteten politischen Prioritäten der Entwicklungsländer ...

von Weizsäcker: ... auch, aber vor allem sagen die uns: Ein Deutscher verbraucht trotz Katalysator zehnmal mehr Natur als ein Ägypter.

Was bedeutet die globale Umweltproblematik eigentlich langfristig für unsere Vorstellungen von staatlicher Souveränität?

von Weizsäcker: Es spricht sich langsam herum, daß wir für partnerschaftliche Verhandlungen zwischen Norden



und Süden eine eingeschränkte Souveränität akzeptieren müssen, nicht nur der Süden. Wir müssen also auch an uns den Vorwurf des Südens heranlassen, daß er aus ökologischen Gründen unser nördliches Wohlstandsmodell nicht akzeptieren kann. Nicht nur wir im Norden können die Vernichtung der Regenwälder nicht akzeptieren.

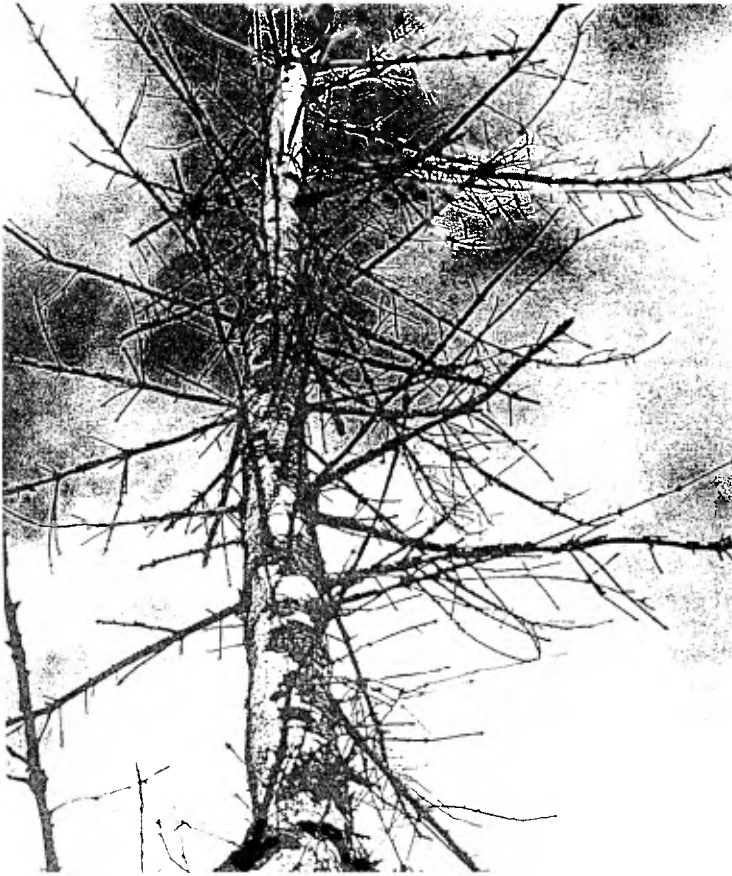
Auch in der Umweltpolitik lassen sich wichtige Entscheidungen schon seit geraumer Zeit nicht mehr im nationalen Alleingang, sondern nur noch über die Europäische Union fällen. Könnte der Binnenmarkt auch in der Umweltpolitik zum Alibi der Verhinderung mancher notwendiger gesetzlicher Verschärfungen werden?

von Weizsäcker: Ich begrüße den Binnenmarkt und die Maastricht-Ergänzungen sehr. Der Binnenmarkt ist eine konsequente Fortentwicklung der europäischen Einigung. Er ist schon im EWG-Vertrag von 1957 angelegt, wurde dann aber lange Zeit verzögert. Es ist vielleicht das politisch bedeutsamste Nachkriegsereignis, daß die Europäer, die sich jahrhundertlang gegenseitig die Köpfe eingeschlagen haben, in dieser Europäischen Gemeinschaft zusammengefunden haben. Das muß konsequent zum Fallen aller Grenzen für Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital führen. Für die Umwelt bedeutet das Fallen der Grenzen andererseits zunächst einmal eine vergrößerte Gefährdung. Mehr Wirtschaftsaktivität, mehr Transport, auch eventuell mehr Transport von Abfällen und die Möglichkeit, daß Regelungen, die meinerwegen in Portugal im Umweltschutz für ausreichend angesehen werden, auf einmal auch bei uns akzeptiert werden müssen – so Artikel 100 b des EWG-Vertrags. Aber eine diese Gefahren für die Umwelt – kompensierende EU-Umweltpolitik ist mög-

lich. In dem Maß, wie sich die EU von einer stark bürokratischen Umweltpolitik ab- und einer Umweltpolitik der veränderten Rahmensetzungen durch sogenannte ökonomische Instrumente zuwendet, steigen die Chancen für die Umwelt. Und die EU ist auf dem Wege, über das 1993 beschlossene fünfte Umweltaktionsprogramm gerade die Betonung ökonomischer Instrumente, einschließlich Umweltsteuern, zu ihrer zentralen Programmatik für die nächsten Jahre zu machen.

Innerhalb der Europäischen Union gibt sich die Bundesrepublik bzw. deren politische Führung gerne als Vorreiter einer geschärften umweltpolitischen Sensibilität. Als Beispiel muß hier immer wieder der Katalysator und dessen schwierige politische Durchsetzung auf europäischer Ebene herhalten. Inwieweit ist dieser Stolz eigentlich berechtigt, und trifft er auch für die neueren umweltpolitischen Konzepte zu? Oder sind die Unterschiede zwischen den EU-Ländern inzwischen gar nicht mehr so groß?

von Weizsäcker: Rechtlich sind die Unterschiede nicht sehr groß, denn es gibt ja die Verabschiedung von Richtlinien der Europäischen Union, die dann für den gesamten Gemeinschaftsbe- reich gelten. Deswegen bleibt als Hauptunterschied die praktische Durchsetzung des geltenden Rechts. Die ist in England, Holland, Deutschland besser als in Italien, Griechenland, Spanien. Das Institut für Europäische Umweltpolitik hat unter meiner Leitung jahrelang systematisch die Umsetzungsgüte für EU-Umweltrichtlinien untersucht und dabei diese Diskrepanzen festgestellt. Dabei hat sich im übrigen gezeigt, daß es auch für Deutschland in bezug auf die Umweltrichtlinien erhebliche Vollzugsdefizite gibt.



Hat dieser Unterschied in der Umsetzungsgüte seine Ursache im Umweltrecht als solchem bzw. in der unterschiedlichen Sensibilität für Umweltfragen in den betreffenden Ländern, oder wirken sich hier lediglich Unterschiede im administrativ-staatlichen Handeln überhaupt aus?

von Weizsäcker: Die EU-Richtlinien atmen preußischen Geist, Polizeirechtlichkeit. In der Rechtskultur des Mittelmeers ist das nun einmal etwas recht Fremdartiges. Man soll sich daher nicht wundern, wenn eine aus preußischem Geist geborene Richtlinie aus Brüssel in Sizilien nicht besonders gut respektiert wird. Wir sollten deshalb eine Umweltpolitik machen, die den realen Gegebenheiten im Mittelmeerraum besser Rechnung trägt, wohlstandsverträglicher ist, weniger Bürokratie und Polizei erfordert und auch der dortigen Mentalität mehr entgegenkommt. In dem Zusammenhang kam ich auf die ökologische Steuerreform. Als ich vor vier Jahren hier in Deutschland sagte, daß wir das in Europa machen müßten, erwiderten meine deutschen Gesprächspartner immer: Das wird doch die EU-Kommission bzw. die EU genauso verhindern, wie sie versucht hat, den Kata-

lystator zu verhindern. Inzwischen ist bekannt, daß es die EU mit ihrem damaligen italienischen Umweltkommissar war, die die Wende eingeleitet hat.

„In Osteuropa unterliegt die Umwelt im Konflikt mit der Wirtschaft“

Welche Chancen geben Sie der ökologischen Steuerreform auf längere Sicht in den Ländern, die gegenwärtig noch zurückhaltend sind, vor allem aber auch in Ländern außerhalb der Europäischen Union?

von Weizsäcker: Inzwischen hat sich das Gedankengut so weit verbreitet, daß ich ganz unbesorgt bin, daß es sich nach und nach durchsetzt. Ich habe das Gefühl, daß in wenigen Jahren in der EU in dieser Richtung Einigkeit zu erzielen ist. Schwieriger wird es nach Clintons fehlgeschlagenem Versuch mit den USA. In Osteuropa hat man den unerläßlichen gigantischen Sprung in den Energiepreisen schon gehabt, so daß man da vielleicht eine gewisse Atempause akzeptieren müßte, bevor man noch weiter geht. Wenn man sich zur Marktwirtschaft bekennt – was ja nun weltweit der Fall ist –, dann muß

man dafür sorgen, daß in diesem Markt die Preise die ökologische Wahrheit sagen. Das findet mehr und mehr Konsens.

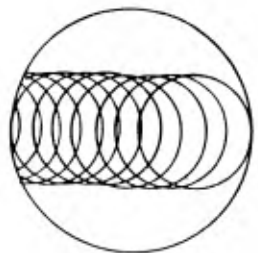
Wie hat sich in Osteuropa die veränderte Haltung zur Marktwirtschaft im Gefolge des Zusammenbruchs der kommunistischen Regimes auf die Umweltpolitik ausgewirkt? Manche Probleme – wie etwa in der ehemaligen DDR – können erst jetzt mit der nötigen Offenheit angegangen werden. Muß in Zeiten eines wirtschaftlichen Umbruchs nicht fast zwangsläufig die Umweltpolitik leiden?

von Weizsäcker: Insgesamt hat sich in Sachen Umweltbewußtsein – darüber kann für mich gar kein Zweifel bestehen – in jüngster Zeit eine Rückentwicklung ergeben. Vor vier Jahren konnte man etwa in der DDR noch mutig auf die Straße gehen und für mehr Umweltschutz eintreten – damals war es ja noch das Geld der Kommunisten, das ausgegeben werden sollte. Jetzt ist es auf einmal das eigene Geld, und da ist man doch sehr viel vorsichtiger. Die Prioritätsverschiebung in Ostdeutschland, in Polen, in Rußland, in Ungarn usw., wo die Umweltschützer – früher einmal – die Hauptmotoren des politischen Wandels waren, die Umorientierung auf eine pragmatische, wohlstandsorientierte und automobilintensive Wirtschaftspolitik hin ist beklagenswert, aber andererseits auch nicht weiter verwunderlich.

Vorgedacht und erstritten wurde vieles von dem, was inzwischen aus der Umweltpolitik kaum mehr fortzudenken ist, auch im Westen von einer Ökologiebewegung im vor- und außerpolitischen Raum, die sich nach und nach erst Gehör in der Politik erwerben mußte. Hat diese Bewegung ihre historische Aufgabe im wesentlichen erfüllt und kann von der Bühne abtreten?

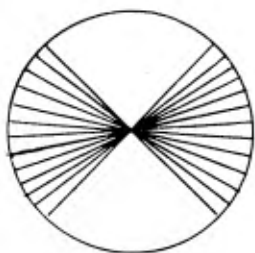
von Weizsäcker: Auf keinen Fall. Sie hat getan, was sie konnte. Sie ist heute vielerorts politisch im Abseits. Man muß vom Westen her – auch von den Umweltverbänden – alles tun, um sie am Leben zu erhalten und zu ermutigen. Gleichzeitig muß man alles tun, um wohlstands- und wirtschaftsverträgliche Strategien des Umweltschutzes auch in Osteuropa zum Durchbruch zu bringen. Im Konflikt mit der Wirtschaft unterliegt die Umwelt heute dort.

JANUAR

**Fortschritt**

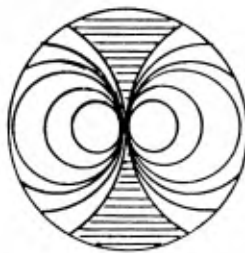
Wer fortschreitet,
muß immer
etwas hinten lassen.
Fort-schritt
bedeutet immer
Abschied,
und jeder Abschied
drängt zum
Fortschritt.
Das ewige Ziel
gibt uns die Kraft,
daß wir
fortschrittlich
werden
in den Abschieden
des Lebens.

FEBRUAR

**Letzte sind Erste**

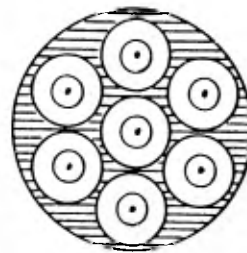
Wer spät
nach Hause geht,
kommt meistens
sehr früh heim,
jenachdem,
wie man es betrachtet.
Betrachte alles
von zwei Seiten,
dann bist du
nie und immer
der Erste
und der Letzte.
Wenn Raum
und Zeit vergehen,
ist alles gleich:
In Gott
sind alle eins.

MÄRZ

**Werden**

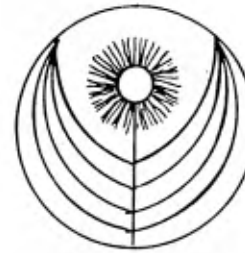
Was ist,
ist im Werden.
Was du festhältst,
kann nicht
mehr werden.
Nur Gott wird mehr
in dir,
wenn du an ihm
festhältst.
Er gibt sich
in deine Hand,
damit du dich fest
an ihn klammerst.
Durch IHN
wirst du immer mehr
du selbst.

APRIL

**Alleinzig sein**

Die Blumen
einer Art
sind alle gleich,
und doch ist jede
einzig.
Jeder will normal,
- wie alle -, sein
und trotzdem
ganz einmalig.
Gott liebt dich
wie alle
und trotzdem
ganz besonders.
Urteile nicht;
laß auch die anderen
ganz einmalig sein.

MAI

**Von selber**

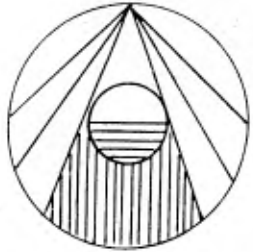
Die Wiesenblumen
blühen von selber.
Auch dein Selbst
entsteht
bei aller Müh'
von selbst:
durch Gott.
Er gibt dir
dein Selbst
in seiner Liebe
und läßt dich
dich selber finden.
Gott
ist die Ursache
aller
Daseinsfreude.

JUNI

**Bestehen**

Standfestigkeit
kommt von den
Wurzeln.
Wenn du dich
haltlos fühlst
und un-gehalten,
liegt es an deinen
Wurzeln.
Wer in Gott wurzelt,
wird alles,
ja sogar den Tod,
bestehen.
In der Wurzel
liegt die Kraft
zum
Überleben.

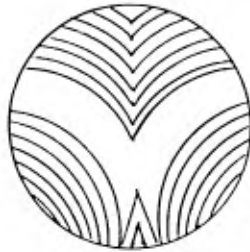
JULI



**Standpunkt-
Problem**

Bei Neumond
kannst du den Mond
nicht sehen,
weil ihn die Sonne
von der anderen
Seite her
beleuchtet.
Ich kann vieles
nicht sehen und
begreifen,
weil ich nicht
auf Gottes Seite
stehe.
Wer liebt,
steht
auf seiner Seite.

AUGUST



Weg gehen

Der Wegweiser
kann dich nicht
begleiten;
du mußt alleine
gehen.
Auch dein Freund
muß dich irgendwo
alleine lassen,
weil er **seinen** Weg
zu gehen hat.
Nur ER geht mit,
der alle Wege geht,
weil er der Weg
der Wege ist.
ER kennt
deine Wege,
schon bevor du
sie gegangen bist.

SEPTEMBER

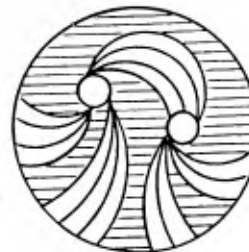


Nebel

Auf dem Berg
oder im Tal, -
habe ich bei Nebel
keine Aussicht.
Doch aus Erfahrung
weiß ich,
was ich nicht sehe.
Oft kann ich
nur wissen,
daß Gott mich liebt,
wenn alles
aussichtslos erscheint.
Irgendwann kommt
eine neue Aussicht,
wenn ich darauf
warte.

Text: E. Gruber
Textgestaltung: Ch. Schrödinger

OKTOBER



Spenden

Kein Baum
kann seine Früchte
selbst genießen;
andere freuen sich
an ihnen.
Schenk den anderen
deine Liebe,
deine Freude,
deine Süßigkeit.
Deine Liebe
kannst du nur
in anderen spüren.
Die Aus-Wirkung
macht
Wirklichkeiten
wirklich.

NOVEMBER



Todsicher leben

Wer von
Vergänglichkeiten
lebt,
muß todsicher
sterben.
Wer vom Ewigen
her lebt,
kann todsicher leben.
Die Todsicherheit
wird im Sterben
offenbar.
Wer an Jesus glaubt,
wird den Tod
nicht schauen
in Ewigkeit.
Er befreit
mein Leben
schon jetzt
von aller Angst.

DEZEMBER



Überwältigt sein

Die Liebe
zwingt nicht;
sie überwältigt
und macht frei
von Zwang
und Angst.
Gott wird Mensch,
damit dich die
bedingungslose
ewige Liebe
überwältigt
und erlöst.
Wer von Liebe
überwältigt ist,
bewältigt alles.